

Liebe Leserinnen und Leser,

Happy Birthday, EU-Parlament!

Am Dienstag feierten wir den 70. Geburtstag des EU-Parlaments in Straßburg. Als Beratungsgremium mit 78 entsandten Abgeordneten gestartet, ist das Parlament heute ein starkes und einflussreiches Gesetzgebungsorgan und das demokratische Herzstück der Europäischen Union. Nach und nach erkämpfte sich das Parlament mehr Rechte.



1979 konnten die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten ihre Abgeordneten zum ersten Mal direkt wählen. Ein Meilenstein der europäischen Demokratie. Heute sitzen 705 Abgeordnete aus 27 Mitgliedsländern im EU-Parlament, das weltweit die einzige supranationale und direkt gewählte Volksvertretung ist. Darauf dürfen wir stolz sein!

70 Jahre EU-Parlament wurden in einem sehenswerten Video zusammengefasst. Klicken Sie [hier](#) für den Film.

Trotz Geburtstag hat das Parlament in der vorletzten Sitzungswoche des Jahres wieder zahlreiche wichtige Themen bearbeitet, diskutiert und beschlossen. Alles dazu lesen Sie in meiner November-Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen einen schönen 1. Advent und eine besinnliche Vorweihnachtszeit in einem turbulenten Jahr!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Europaparlament debattierte steigende Wolfspopulation

Große Raubtiere und insbesondere Wölfe stellen eine große Gefahr für den ländlichen Raum dar. Zuletzt häuften sich die Nachrichten von Wolfsangriffen auf Tiere, auch in Gegenden, in denen Wölfe bislang als ausgestorben galten. Immer wieder müssen Landwirte den Verlust von Nutztieren beklagen. Denn trotz drastisch steigender Wolfspopulationen stehen diese nach wie vor unter besonderem Schutz.

Seit fast einem Jahr haben EVP-Fraktion und CDU/CSU dafür gekämpft, endlich eine Debatte auf europäischer Ebene zum Schutzstatus des Wolfes zu führen. Nach langem Widerstand einer linken Mehrheit wurde das Thema diese Woche endlich im Europaparlament debattiert. Dazu wurde eine Entschließung verabschiedet, die dazu beitragen soll, die Lage besser in den Griff zu bekommen. Es ist völlig klar, dass Wölfe eine Gefahr darstellen. Lassen wir die Wolfspopulationen jedoch weiter ungehindert wachsen, steigt auch das Risiko für weitere Wolfsangriffe. Wir wollen, dass der Schutzstatus von Wölfen neu bewertet wird. Die Sicherheit von Menschen und Nutztieren im ländlichen Raum muss oberste Priorität sein.

Meine Pressemeldung dazu können Sie [hier](#) nachlesen

Meine Plenarrede am Vorabend der Abstimmung finden Sie [hier](#).

EU-Düngemittelstrategie - „Zeit wurd’s, Herr Kommissar!“

Die Europäische Kommission stellte ihre Düngemittelstrategie für die Europäische Union vor.

Mein Statement zur Mitteilung der EU-Kommission finden Sie [hier](#).

Trilog-Einigung LULUCF: Akzeptables Verhandlungsergebnis

Die Unterhändler der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments haben sich im Trilog auf einen Gesetzestext für die Ziele zur Steigerung der Klimaambitionen im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) verständigt.

Lesen Sie [hier](#) mein Statement zur Einigung.

Verfügbarkeit von Medizinprodukten sicherstellen

Die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Medizinprodukten ist in größter Gefahr, weil immer weniger Medizinprodukte verfügbar sind. Insbesondere Nischenprodukte, die dringend in den Kliniken und Praxen benötigt werden, drohen vom Markt zu verschwinden. Unionsabgeordnete des Europäischen Parlaments fordern die Kommission seit Monaten auf, eine Änderung der Medizinprodukteverordnung herbeizuführen. Die Kommission hat nun Unterstützung signalisiert.

„Nach Gesprächen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides gehe ich fest davon aus, dass die Kommission noch in diesem Jahr einen Gesetzgebungsvorschlag macht, um lebenswichtige Medizinprodukte am Markt zu halten. Ich werde mich nach Kräften dafür einsetzen, dass ein Vorschlag, der wirklich Abhilfe schafft, so schnell wie möglich im Europäischen Parlament angenommen wird“, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Dr. med. Peter Liese.

Prof. Dr. Angelika Niebler (CSU), oberbayerische CSU-Europaabgeordnete und **Initiatorin** des Brandbriefes zur Medizinprodukteverordnung an die Europäische Kommission **warnt**: „Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser schlagen berechtigterweise seit Monaten Alarm, weil wichtige Medizinprodukte fehlen und Patientinnen und Patienten nicht versorgt werden können. Bereits jetzt sind beispielsweise Ballonkatheter für Kinderherzen kaum noch verfügbar und Kinder mit angeborenem Herzfehler sind in Gefahr. Die Situation droht, sich weiter zu verschlechtern, wenn die Kommission nicht endlich einen Vorschlag für eine Änderung der Medizinprodukteverordnung vorlegt, zum Beispiel, dass bereits erteilte Zertifikate so lange gültig bleiben, bis die Prüfung eines neuen Antrags abgeschlossen ist. Die Medizinprodukteverordnung war gut gemeint, ist aber nicht gut gemacht.“

Im Jahr 2017 trat die Revision der Medizinprodukteverordnung in Kraft. Die Medizinprodukteverordnung sieht vor, dass auch Produkte, die seit vielen Jahren im Markt sind, erneut zertifiziert werden müssen. In der Folge entscheiden sich Unternehmen, Medizinprodukte vom Markt zu nehmen, weil der bürokratische und finanzielle Aufwand einer Zertifizierung einfach zu hoch ist. Laut Medizinprodukteverordnung müssen bis spätestens Mai 2024 alle Medizinprodukte rezertifiziert werden, damit sie in der EU weiterhin eingesetzt werden können. Bisher konnten in Deutschland nur wenige der Medizinprodukte in die neue Medizinprodukteverordnung überführt werden.

„Schon bei der Verabschiedung haben wir Probleme gesehen“, erklärten Liese und der westmecklenburgische CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Monstadt., die an der Ausarbeitung mitgewirkt hatten. „Leider gab es im Europäischen Parlament in vielen Fragen eine Mehrheit gegen die Christdemokraten und im Ministerrat oft eine Mehrheit gegen Deutschland. Darüber hinaus haben die Corona-Pandemie und der Brexit für eine Verschärfung der Probleme gesorgt. Unabhängig davon wo die Ursache liegt, muss jetzt aber schnell gehandelt werden, um das Problem zu beseitigen - dafür sind Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig. Wir fühlen uns

durch die Reaktionen von Ursula von der Leyen und Stella Kyriakides sehr ermutigt und bedauern, dass der Bundesgesundheitsminister sich für diese Frage offensichtlich noch nicht die nötige Zeit genommen hat“, so Liese und Monstadt abschließend.

Verbrenner-Aus ab 2035

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments haben sich im Trilog mit den Mitgliedstaaten auf ein Verkaufsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 geeinigt. Dazu erklärt Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer für die EVP-Fraktion:

„Das Europa von heute ist anders als das Europa von vor eineinhalb Jahren, als wir mit der Fit-For-55 Klima-Gesetzgebung gestartet sind. Einen Realitätscheck hat es heute aber trotzdem nicht gegeben. Explodierende Energiepreise und enorme Versorgungsprobleme, insbesondere bei den für die Elektroautoproduktion kritischen Rohstoffen, haben bei der heutigen Entscheidung keine Rolle gespielt. Auch nicht, dass das immer wieder vorgebrachte Argument des langfristigen Preisvorteils von Elektroautos hinfällig geworden ist. Der perspektivische Wegfall staatlicher Förderung und hohe Strompreise drohen das Elektroauto zum Ladenhüter werden zu lassen. Ein Havanna-Effekt wird realistischer. Trotzdem wird nun die Tür für neue technologische Entwicklungen endgültig zugeschlagen. Man folgt lieber dem Prinzip: Alles auf eine Karte.

Die Linie von CDU und CSU war und ist klar: Die Emissionen im Verkehrssektor müssen runter. Deswegen haben wir das Ziel für 2030 und ein hohes Reduktionsziel für 2035 unterstützt. Aber ein vollständiges Verbot einer Technologie geht zu weit. Aus unserer Sicht hätte es eine freiwillige Regelung für klimaneutrale Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe geben müssen, um so die Technologieoffenheit und eine gewisse Flexibilität für die Hersteller zu bewahren.

Für unsere europäischen Produzenten wird die heute beschlossene Umstellung eine große Herausforderung. Insbesondere chinesische und amerikanische Hersteller stehen bereit, den europäischen Markt für Elektroautos zu übernehmen. Deshalb gilt nun umso mehr: Mehr Tempo beim Infrastrukturausbau und dafür sorgen, dass Emissionen nicht einfach nur verlagert werden - entweder in andere Sektoren oder gar in andere Regionen. Solange die Produktion des Fahrzeuges oder der Strom zum Laden nicht emissionsfrei ist, ist auch ein Elektroauto nicht klimaneutral.

Um in Zukunft die tatsächlichen Emissionen von Fahrzeugen realistischer betrachten und vergleichen zu können, soll eine Lebenszyklusanalyse eingeführt werden. Auf Drängen der EVP-Fraktion muss die Kommission nun dazu einen Vorschlag erarbeiten. Ob das Verbrennerverbot ab 2035 nun also tatsächlich Bestand hat, hängt daher auch stark von der Überprüfung im Jahr 2026 ab. Für viele Beschäftigte, die nun vor einer ungewissen Zukunft stehen, kann das aber nur ein schwacher Trost

sein. Denn die Unternehmen werden sehr bald Entscheidungen über Stellenabbau oder Umstrukturierungen ihrer europäischen Produktionsstandorte treffen müssen.

Der von der FDP gefeierte Erwägungsgrund ändert nichts am Verbrennerverbot 2035. Dieser ist rechtlich nicht bindend und kann von der Kommission ebenso ignoriert werden. Lassen Sie es mich klar sagen: Synthetische Kraftstoffe werden in neuen PKW nicht eingesetzt werden können. Die Liberalen haben das Verbrennerverbot besiegelt, genauso wie SPD und Grüne. Die gesamte Bundesregierung hat das Verbrenneraus zu verantworten."

Vorschlag für neue Euro-7-Abgasnormen

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für neue Euro-7-Abgasnormen veröffentlicht. Dazu erklärt Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

"Ich lehne strengere Grenzwerte für Auspuffemissionen ab. Gerade erst ist das Verbrenner-Aus für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ab 2035 beschlossen. Die Hersteller konzentrieren sich, und das ist politisch gelenkt, auf den Elektroantrieb. Ein weiterer Investitionszwang in eine in Europa auslaufende Technologie ist vor diesem Hintergrund einfach das falsche Signal.

Ob dieser Vorschlag auch aus Umweltgesichtspunkten überhaupt nötig war, ist fraglich. Die aktuell größte Herausforderung für die Luftqualität ist schließlich die Bestandsflotte. Wenn wir diese durch Fahrzeuge der aktuell besten verfügbaren Euro 6-Technologie ersetzen würden, wäre die Luftqualität bereits deutlich besser. Stickoxid-Emissionen könnten so beispielsweise um fast 70 Prozent gegenüber 2020 reduziert werden. Diesen Übergang fördern wir aber nicht, wenn wir unsere Hersteller nun zu immer neuen Investitionen zwingen. Diese müssen die zusätzlichen Kosten dann zwangsläufig auf die Endkunden umlegen. Mobilität muss aber bezahlbar bleiben. Ansonsten ist niemandem geholfen, weder unserer Umwelt, noch den Herstellern oder Beschäftigten in der Automobilindustrie.

Es darf auch keine Verschärfung der Grenzwerte durch die Hintertür geben. Wenn Fahrzeuge die Grenzwerte unter extremsten Wetter- und Fahrbedingungen einhalten müssen, ist dies de-facto eine Grenzwertverschärfung. Dazu hat sich die Kommission für die ersten fünf Jahre weitgehende Befugnisse zur Änderung von Grenzwerten oder auch Testrandbedingungen und Testverfahren eingeräumt. Solch kurzfristige Anpassungen nehmen der Industrie jegliche Planungssicherheit und sind inakzeptabel.

Gerade für LKW ist dieser Vorschlag fast 10-mal strenger als bisher unter Euro-6. Wenn die entsprechende Technologie zur Einhaltung dieser Grenzwerte für LKW überhaupt verfügbar ist, dann nur zu hohen Anschaffungskosten. Der LKW-Verbrenner wird teurer, aber elektrische Antriebe sind wegen der hohen Anschaffungskosten und der bisher mangelhaften Ladeinfrastruktur auch keine echte Alternative.

So verteuern wir Logistik und sämtliche Lieferketten, die auf den Transport auf der Straße angewiesen sind. Hier brauchen wir dringend einen realistischeren Ansatz. Insbesondere, wenn wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wahren wollen."

Luftreinhaltung: Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für erneute Diskussionen

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Luftreinhaltung verabschiedet. In der EU-Richtlinie zur Luftreinhaltung werden die EU-Standards für Schadstoffe in der Luft verbessert und den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation angenähert. Feinstaubemissionen konnten 2020 im Vergleich zu 1990 um rund 60 Prozent vermindert werden. Seit den 90er Jahren hat sich auch der Stickstoffdioxidgehalt der Luft in Deutschland halbiert. In den vergangenen zwei Jahren haben dabei auch die Mobilitätseinschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie positiv zur Reduktion von Stickstoffdioxid beigetragen.

[Hier](#) finden Sie mein Statement zum Vorschlag der Kommission.

EU-Schuldenregelung: Mehr Flexibilität ist jetzt der falsche Weg!

Zur Mitteilung der EU-Kommission zu EU-Schuldenregeln erklärt Markus Ferber (CSU), wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Allein der Umstand, dass die Europäische Kommission heute über neue Schuldenregeln nachdenkt, ist Ausdruck ihres eigenen Scheiterns. Wenn die Kommission die Schuldenregeln von Anfang an, konsequent durchgesetzt hätte, bräuchte es nun keine Reform. Angesichts der hohen Staatsverschuldung in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten und des steigenden Zinsniveaus sehe ich Gefahr im Verzug. Wir steuern mit hohem Tempo auf die nächste Staatsschuldenkrise zu. Was wir nun gar nicht gebrauchen können, ist mehr Flexibilität bei den Schuldenregeln.

Den Ansatz künftig über flexiblere, länderspezifische Vereinbarungen operieren zu wollen, sehe ich sehr skeptisch. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat kein Flexibilitätsproblem, sondern ein Vollzugsproblem. Die Lösung kann nun nicht darin bestehen, dass sich jeder Mitgliedstaat seinen Abbaupfad faktisch selbst aussuchen kann. Der Corona-Krisenfonds verfolgt ein komplett anderes Ziel als das EU-Schuldenregelwerk und ist deshalb auch keine geeignete Blaupause.

Die Ampel-Regierung in Berlin hat sich hierbei selbstverschuldet in eine besonders schwierige Ausgangssituation begeben. Sie beginnt die Verhandlungen über die Zukunft der europäischen Schuldenregeln mit einem Schattenhaushalt von 200 Milliarden Euro. Nach dem ‚Doppelwumms‘ kann Bundesfinanzminister Christian Lindner nur noch schwerlich für Schuldendisziplin werben. Das ist ein problematischer Präzedenzfall.“

Meine Pressemeldung zum Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Das Plenum hat die Richtlinie für Nachhaltigkeitsberichterstattung angenommen. Dazu erklärt Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

„In Zeiten, in denen aufgrund von Rekord-Inflation und Energie-Mondpreisen, immer mehr Unternehmen Pleite gehen, muss Europa alles dafür tun, den Mittelstand zu unterstützen. Oberste Priorität muss sein, die Betriebe vor zusätzlichen Belastungen zu schützen.“

Die verabschiedete Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung kommt zum völlig falschen Zeitpunkt. Durch die damit einhergehenden Zusatzkosten für Unternehmen und die bürokratischen Auflagen senden wir ein falsches Signal zum jetzigen Zeitpunkt. Hinzu kommt, dass die Umsetzung ab 2024 ausgerechnet dann anstehen wird, wenn die jetzige Krise hoffentlich wieder abebbt. Wir brauchen dringend mehr Bescheidenheit in der europäischen Gesetzgebung.“

Hintergrund:

Mit der Abstimmung gibt das Plenum grünes Licht für eine Trilogeeinigung vom vergangenen Juni. Die Richtlinie über Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten (CSRD) gilt für Betriebe ab 251 Mitarbeiter sowie für an den Kapitalmärkten gelistete KMU. Dies sind europaweit über 50.000 Unternehmen. Allein in Deutschland sind schätzungsweise 10-mal mehr Betriebe betroffen als bisher. Mit dem Gesetz wird die Nachhaltigkeitsberichterstattung als neues Element mit der finanziellen Berichterstattung von Unternehmen gleichgestellt.

Beitritt Kroatiens zum Schengenraum

Das Plenum hat seine Position zum Beitritt Kroatiens zum Schengenraum angenommen. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, Lena Düpont (CDU):

„Der Schengen-Raum der offenen Grenzen ist eine der bedeutendsten Errungenschaften der Europäischen Union. Er bildet nicht nur das Fundament der europäischen Idee, sondern ist auch die Grundlage unseres Wohlstands.“

Es ist höchste Zeit, dass Kroatien in den Schengen-Raum aufgenommen wird. Das Land hat Migrationskrisen gemeistert und den Schutz der Außengrenzen unter immensm Druck gewährleistet. Zudem hilft Kroatien Europa im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Schleusernetzwerke sowie Menschen-smuggel

und trägt damit zum Erhalt offener Grenzen bei. Ein starkes Schengen, das Sicherheit nach innen und Stabilität nach außen schafft, ist weder Selbstzweck noch selbstverständlich. Diese Errungenschaft muss gehegt und gepflegt werden. Der Schengen-Raum schützt uns und bedarf gleichzeitig unseres Schutzes.

Schengen ist ein Raum der Freiheit, weil er zugleich ein Raum der Sicherheit und des Rechts ist. Der Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum wird das Projekt weiter stärken.“

Putin macht Russland zum Terrorstaat

Das Europäische Parlament stuft Russland als dem Terrorismus Vorschub leistenden Staat und als terroristische Mittel einsetzender Staat ein. Hierzu erklärt Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wir tragen mit der heutigen Entschließung den vorsätzlichen Angriffen und Gräueltaten der Russischen Föderation gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine Rechnung. Die Zerstörung ziviler Infrastruktur und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts erfüllen den Tatbestand von Terror und Kriegsverbrechen. Unsere Sprache ist an die Realität angepasst. Russland begeht Terror. Das wollen wir klar beim Namen nennen.

Wir erwarten von der Europäischen Kommission einen Vorschlag, um aus dieser Tatsache rechtssichere Konsequenzen ziehen zu können: für die politischen und administrativen Stützen des russischen Regimes, Oligarchen und das im Ausland eingefrorene Staatsvermögen.

Mit unserer Erklärung wollen wir auch diejenigen Kräfte in Russland unterstützen, die den Kurs des Regimes beenden und ihr Land als friedlichen Partner in die internationale Gemeinschaft zurückführen wollen.“

Cyberangriff aufs EU-Parlament

Das Europäische Parlament wurde diese Woche Ziel eines Hackerangriffs. Dazu erklärt Niclas Herbst (CDU), Berichterstatter für den Haushalt des Europäischen Parlaments:

„Nach dem heutigen Beschluss des Europäischen Parlaments, Russland als terroristische Mittel einsetzender Staat zu benennen, haben dem Kreml nahestehende Gruppe das Parlament heute attackiert.

Der Cyberangriff auf das Europaparlament zeigt: Es war richtig, seit letztem Jahr für mehr Mittel für Cybersecurity im Haushalt 2023 zu streiten. Als Berichterstatter war das eine meiner Prioritäten für das Budget des nächsten Jahres.

Der heutige Tag zeigt, dass wir dringend mehr Durchschlagskraft bei unserer Verteidigung im digitalen Raum brauchen.“

Neufassung EU-Cybersicherheits-Richtlinie

Das Europäische Parlament stimmte über die Neufassung der EU-Cybersicherheits-Richtlinie ("NIS2-Richtlinie") ab. Dazu erklärt Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

"Der Schutz unserer kritischen Infrastruktur ist von überragender Bedeutung. Das gilt nicht nur für die physische Infrastruktur, sondern genauso für die digitale Infrastruktur und digitalen Kommunikationsmittel. In Zeiten hybrider Bedrohungen müssen wir unsere Cybersicherheit und Cyberresilienz stärken.

Die verabschiedete Richtlinie liefert dazu einen positiven Beitrag. Europa wird damit widerstandsfähiger. Wir stärken damit die dringend benötigte EU-weite Zusammenarbeit für mehr Cybersicherheit, erweitern den Anwendungsbereich deutlich, erhöhen die Sicherheitsanforderungen und Meldepflichten und verschärfen Aufsichts- und Durchsetzungsanforderungen, unter anderem durch harmonisierte Sanktionen in der gesamten EU. Erstmals werden auch Lieferketten berücksichtigt. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass für kleine und mittlere Unternehmen kein unnötiger zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht.

Die Verabschiedung der NIS2-Richtlinie ist ein Puzzlestück für mehr Cybersicherheit, aber kein Grund sich darauf auszuruhen. Cybersicherheit bleibt eine Daueraufgabe."

Vorschläge zur Cyberverteidigung und militärischen Mobilität

Zu den von der EU-Kommission präsentierten Vorschlägen im Bereich Cyberverteidigung und militärischer Mobilität erklärt Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der Krieg in der Ukraine hat uns in aller Härte deutlich gemacht, dass wir Europäer unsere sicherheitspolitische Vorsorge neu aufstellen müssen. Militärische Mobilität, die Fähigkeit Streitkräfte in ganz Europa schnell verlegen zu können, ist dabei entscheidend. Um dies zu gewährleisten bedarf es umfangreicher Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur, wovon sogar in erster Linie der zivile Verkehr profitiert. Denn diese Fähigkeit werden wir nur bemühen müssen, wenn eine Krise eintritt. Aber dafür müssen wir gewappnet sein. Vor diesem Hintergrund ist der neue Aktionsplan der Kommission grundsätzlich zu begrüßen. Besonders der angestrebte Aufbau einer europäischen Infrastruktur zur Treibstoffversorgung der Streitkräfte wie auch die Anbindung an die Ukraine und die Republik Moldau setzen wichtige

Impulse. Allerdings bleibt das Manko, dass Militärische Mobilität mit rund 1,7 Milliarden Euro im Haushalt bis 2027 nur unzureichend abgebildet ist. Hier gilt es nachzulegen, um angesichts der Bedrohungslage schnelle Fortschritte erzielen zu können.

Gleichermaßen gilt es unsere europäischen Fähigkeiten zur Cyberverteidigung zu stärken, wie es die Kommission in einem weiteren Papier anregt. Der Vorschlag der Schaffung eines Cyber-Koordinierungszentrums auf europäischer Ebene, in dem sowohl die Cyberaktivitäten von feindlich gesinnten Staaten überwacht als auch die Aktivitäten der EU-Mitgliedsstaaten koordiniert werden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Dies sollte allerdings an bestehende Initiativen anknüpfen, um Doppelstrukturen und die Verschwendung europäischen Steuergeldes zu vermeiden.

Angesichts der Zunahme der Bedrohung unserer Gesellschaften durch Cyberangriffe ist auch die Forderung der Kommission nach Ausbau und Einsatz offensiver Cyberfähigkeiten, um den Angreifer an seinem Tun zu hindern, richtig. Nicht zuletzt gebietet das Konzept der Abschreckung offensive Maßnahmen nicht von vorne herein auszuschließen. Hier wird sich auch die Ampel-Koalition in Berlin bewegen müssen, möchte sie denn tatsächlich alle Möglichkeiten zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ausschöpfen.“

Schutz vor wettbewerbsverzerrenden ausländischen Subventionen

Das Europäische Parlament beschließt Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes vor wettbewerbsverzerrenden ausländischen Subventionen. Dazu erklärt Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel:

„Im Umgang mit staatlichen Subventionen hatte Europa jahrelang eine große Gesetzgebungslücke. Während für Unternehmen aus dem Binnenmarkt strikte Regeln für staatliche Beihilfen gelten, galt dies bislang nicht für Unternehmen aus Drittstaaten, die innerhalb der EU Betriebe übernehmen oder an europäischen öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen. Diese Regelungslücke wird jetzt endlich geschlossen und somit der unfairen Praxis zuungunsten europäischer Unternehmen entgegengewirkt. Unsere Wettbewerbs- und Beihilferegeln gelten künftig für alle Wettbewerber am Markt.

Das Instrument gegen marktverzerrende drittstaatliche Subventionen ist neben dem Instrument über das öffentliche Beschaffungswesen (IPI) ein weiterer Baustein in der Modernisierung unseres handelspolitischen Instrumentariums. Es ist gut, dass sich Europa für das rauer werdende globale Handelsklima wappnet.“

Einigung EU-Haushalt 2023

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich auf den EU-Haushalt für das Jahr 2023 geeinigt. Dazu erklärt Niclas Herbst (CDU), haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Berichterstatter u.a. für den Parlamentshaushalt:

"Wir sind froh, dass wir heute eine Einigung erzielen konnten. Es ist wichtig, dass wir als Parlament viele unserer Prioritäten im EU-Haushalt für 2023 unterbringen konnten, zum Beispiel für mehr Mobilität, für mehr Energiesicherheit aber auch für Erasmus+, Grenzschutz und die militärische Mobilität. Auch die Mittel für das Forschungsprogramm Horizon Europe und das Gesundheitsprogramm EU4Health werden gesteigert.

Darüber hinaus haben wir es geschafft die EU-Institutionen besser abzusichern, auch in schwierigen Zeiten. Das Europäische Parlament wird zum Vorreiter in Sachen Cybersecurity. Damit haben wir ein positives Ergebnis, mit dem wir wirklich zufrieden sein können."

Asyl und Migration

Seit Wochen spitzt sich die Lage in den Kommunen aufgrund der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen und Migranten zu. In diesem Jahr sind rund 1,3 Millionen Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland gekommen, mehr als in der Flüchtlingskrise 2016. Um auf die dramatische Situation aufmerksam zu machen, hat die EVP-Fraktion in dieser Plenarwoche eine Debatte zum Thema auf die Tagesordnung gehievt.

Die Abgeordneten forderten eine europäische Lösung für Asyl und Migration sowie eine verlässliche Einigung der Mitgliedstaaten in Bezug auf Seenotrettung. Für CDU/CSU steht fest: Die EU-Außengrenzen müssen mit Hilfe der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex wirksamer geschützt werden. Staatliche Behörden, nicht kriminelle Schleuserbanden, müssen darüber entscheiden, wer unsere Grenzen überschreiten darf.

Zum anderen brauchen wir mehr europäische Solidarität: Länder, in denen die meisten Menschen ankommen, dürfen nicht allein gelassen werden. Echte Solidarität und gemeinsame Verantwortung sind der Schlüssel, für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

Was die deutsche Bundesregierung derzeit macht, ist das genaue Gegenteil: Während die EU-Staaten im Mittelmeerraum versuchen, die sprunghaft ansteigenden Schleuseraktivitäten auf dem Mittelmeer zu stoppen, will die Ampel-Regierung private Seenotretter mit deutschen Steuergeldern unterstützen. Statt illegalen Schleusernetzwerken die Arbeit zu erleichtern sollte die Bundesregierung sich lieber stärker für den Schutz der EU-Außengrenzen einsetzen, betonten CDU und CSU.

Zur **Migrationsdebatte im Plenum erklärt Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Wir brauchen für Asyl und Migration dringend eine gemeinsame europäische Lösung. Das beinhaltet auch eine verlässliche Einigung der Mitgliedstaaten in Bezug auf Seenotrettung. Denn öffentliche Kämpfe, wie sie zuletzt zwischen Italien und Frankreich um die im Mittelmeer aufgegriffenen Migranten entbrannt sind, bringen Europa nicht voran und vergiften lediglich das Klima.

Eine europäische Lösung muss zwei Aspekte kombinieren. Zum einen brauchen wir eine starke Sicherung der Außengrenze und strenge Grenzkontrollen sowie die Bekämpfung von Schleuserkriminalität: Staatliche Behörden, nicht die Schleuser, müssen entscheiden, wer die europäischen Grenzen überschreiten darf. Bei den Herausforderungen an der Außengrenze kann und muss Frontex unterstützen, weswegen die Agentur unsere volle Unterstützung für die herausfordernden Aufgaben hat.

Zum anderen brauchen wir mehr europäische Solidarität: Länder, in denen die meisten Menschen ankommen, wie Italien und Griechenland, dürfen nicht allein gelassen werden. Gleichzeitig darf ungehinderte Sekundärmigration nicht zum Ventil werden. Schuldzuweisungen, laute und aggressive Erklärungen bringen uns nicht weiter. Echte Solidarität und gemeinsame Verantwortung sind der Schlüssel für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

Zur Schaffung von Vertrauen unter den Mitgliedstaaten gehört allerdings auch, dass Deutschland nicht schon wieder voranprescht, ohne sich mit den EU-Partnern abzusprechen. Der Plan der Ampel-Regierung, private Seenotretter mit deutschen Steuergeldern zu unterstützen ist ein hochgradig problematisches Signal an die EU-Mittelmeeranrainer. Mit ihrem unabgesprochenen Beschluss konterkariert die Bundesregierung die Arbeit der südlichen EU-Staaten, die mit deutlich steigenden Migrationszahlen zu kämpfen haben. Die Ampelkoalition muss sich endlich bewusstwerden, dass ihr Vorgehen unmittelbare Auswirkungen für die europäischen Partner an den Außengrenzen hat.“

Zurückgehaltene EU-Mittel für Ungarn

Im September hat die EU-Kommission den sogenannten EU-Haushaltskonditionalitätsmechanismus erstmalig angewandt. Dieser Mechanismus erlaubt es, die Auszahlung von EU-Mitteln an die Mitgliedstaaten aufgrund von Rechtsstaatlichkeitsverstößen zu unterbrechen bzw. zu stoppen. Ungarn ist das erste Land, für das dieser Mechanismus zur Anwendung kam. Nach Vorschlag der EU-Kommission sollen 7-8 Milliarden Euro EU-Mittel aus dem EU-Corona-Wiederaufbaufonds erst dann an Ungarn ausgezahlt werden, wenn die Regierung glaubhafte und tiefgreifende Veränderungen hinsichtlich der Verwendung von EU-Mitteln vorgenommen hat.

Die wirtschaftliche Situation in Ungarn spitzt sich durch die hohe Inflation und den Krieg in der angrenzenden Ukraine immer weiter zu. Die Regierung von Viktor

Orbán ist dringend auf europäische Finanzhilfen angewiesen. Dies erklärt auch die Bewegung, zu der Ungarn zuletzt bereit war. Ungarn versucht durch Reformen die EU zum einlenken zu bewegen. Spätestens nächste Woche wird die EU-Kommission eine Empfehlung vorlegen, bevor die Mitgliedstaaten darüber entscheiden müssen. Das Europaparlament hat diese Woche erneut deutlich gemacht: Die Kommission muss unbedingt sicherstellen, dass die von Ungarn getroffenen Maßnahmen ihren Zweck erfüllen. Bei Rechtstaatlichkeit darf es keine faulen Kompromisse geben. Die Probleme hinsichtlich Korruptionsbekämpfung, Interessenskonflikten und Empfängerkreis von EU-Fördermitteln in Ungarn sind hinreichend dokumentiert. Nur wenn es hier tiefgreifende Reformen gibt, dürfen die zurückgehaltenen Mittel freigegeben werden.

Einigung EU-Satellitenkommunikation

Die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten haben sich heute im Trilog auf das neue EU-Programm zur Sicheren Konnektivität im Weltraum geeinigt. Dazu erklärt Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

"Dieses Programm ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr strategischer Autonomie Europas. Europa wird damit eigene Kapazitäten für die Satellitentelekommunikation entwickeln.

Der Krieg in der Ukraine hat uns gezeigt, dass wir in dieser Hinsicht bislang komplett von Drittstaaten oder sogar privaten Unternehmen wie Starlink abhängig sind. Das heute beschlossene Programm soll dies ändern.

Für die gesamte EU-Weltraumpolitik ist die heutige Einigung ein wichtiges Signal. Viele Akteure werden von diesem Programm profitieren. Ich bin besonders froh, dass wir als EVP-Fraktion durchgesetzt haben, dass mindestens 30% der Unteraufträge im Rahmen von Verträgen über 10 Mio. EUR an kleine und mittlere Unternehmen vergeben werden müssen. So wird die damit verbundene Wertschöpfung nicht nur einigen großen Playern zu Gute kommen. Davon können gerade auch Unternehmen aus Bayern profitieren."

Statement Ehler (CDU) zum Europäischen Innovationsrat

Das Europäische Parlament nimmt seinen Implementierungsbericht zum Europäischen Innovationsrat (European Innovation Council (EIC)) an. Dazu erklärt Christian Ehler (CDU), forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

"Mit dem Europäischen Innovationsrat wird die Innovationsförderung aus dem EU-Forschungsförderungsprogramm Horizont Europa zusammengefasst. Leider leidet dieses sinnvolle Instrument bislang stark unter internen Unstimmigkeiten innerhalb

der Kommission, die sich schlicht nicht rechtzeitig auf diese neue Aufgabe eingestellt hat. Leidtragende sind Start-ups und Unternehmen, denen diese dringend benötigten Fördertöpfe bislang verschlossen geblieben sind. Der Reputationschaden für die EU-Forschungsförderung ist hausgemacht.

Europa braucht kontinuierlich eine gezielte Forschungsförderung auf allen Ebenen, wenn wir im globalen Wettbewerb bestehen wollen.

Inzwischen hat die Kommission dringende Umstellungen vorgenommen, um ihre internen Probleme in den Griff zu bekommen. Das ist ein erster Schritt, aber noch nicht ausreichend. Die Umsetzung des Europäischen Innovationsrats muss seinem Zweck dienen, nicht umgekehrt. Die Kommission muss nun dringend eine umfassende Umsetzungsstrategie im Dialog mit dem Europäischen Parlament vorlegen, wozu wir sie heute auffordern. Sollte die Kommission dem nicht nachkommen, muss das Parlament darüber nachdenken, zukünftige Haushaltsmittel für den Europäischen Innovationsrat zurückzuhalten."

Mein Mittelfranken

Sponsoring der Damen-Fußballmannschaft des SK Heuchling



Eine echte ♥-Angelegenheit ist meine Unterstützung für die Frauenfußballmannschaft des SK Heuchling. Seit dieser Saison ziert das Logo der EVP die Trainingsoutfits.

Ich drücke den Mädels für ihre Spiele die Daumen!

8. Bayerisches Honigfest- Auszeichnung für Honige aus der Heimat

Zwei der besten Honige Bayerns kommen aus dem Nürnberger Land. Renate Gerstner aus Schnaittach und Heinz Vogel aus Engelthal wurden für ihre süßen Erzeugnisse auf dem Honigfest in Triesdorf mit Gold 1a, der höchsten Auszeichnung, geehrt. Bewertet wurden u.a. Aussehen, Konsistenz, Wassergehalt und Gewicht. Zu dieser Leistung gratuliere ich den beiden Imkern herzlich.

Honig ist ein einmaliges Naturprodukt. Er ist Lebens-, Genuss- und Heilmittel. Allerdings deckt unser heimischer Honig die Nachfrage nur zu 28 Prozent. 40 Prozent des Honigs auf dem Markt sind „gefälscht“ und z.B. mit Zuckerwasser gestreckt.



Neben der Prämierung durch die Honighoheiten (Königin Viktoria und Prinzessin Linda) gab es auch informative und interessante Vorträge über die Bienenweide oder die Imkerei. Ein weiteres Highlight: Die Verkostung von unterschiedlichen Honigen - Geschmäcker sind ja bekanntlich verschieden.

Europa-Talk mit Lena Düpont MdEP



Der Besuch von Europa-Kollegen ist immer etwas ganz besonders. So auch neulich als Lena Düpont, CDU-Abgeordnete für Niedersachsen, zu Besuch im Dehnberger Hof Theater war. Gemeinsam mit meinen Gästen sind wir der Frage nachgegangen, wohin Europa zukünftig steuert.

Unsere Themen u.a.: Flüchtlingskrise, offene Grenzen und Frontex, Souveränität der Nationalstaaten vs. EU-Kompetenzen, Herausforderungen für Kommunen und Ehrenamt, Wertschätzung für Hilfsorganisation wie BRK und THW.

60 Jahre CSU Altdorf

Der CSU-Ortverband Altdorf feierte seinen 60. Geburtstag mit einem Festakt. Festredner war unser Bezirksvorsitzender und Innenminister, Joachim Herrmann. Unsere Ortsverbände sind das Herzstück unserer Christlich Sozialen Union. Sie sind am nächsten dran an den Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.



Ich danke allen Mitgliedern und den Vorsitzenden für ihre wichtiges Engagement.

VG Nennslingen zu Besuch in Brüssel



Im politischen Herzen der Europäischen Union: Markt- und Gemeinderatsmitglieder aus der Verwaltungsgemeinschaft Nennslingen mit ihren Bürgermeistern Walter Gloßner für Bergen, Bernd Drescher für Nennslingen, Volker Satzinger für Burgsalach und Joachim We-

gerer für Raitenbuch besuchten die mittelfränkische CSU-Europaabgeordnete Marlene Mortler im Europäischen Parlament in Brüssel.

Lesen Sie [hier](#) mehr.

Bild: EU-Parlament

Herzensangelegenheiten

9. November: Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich

Der 9. November ist für die deutsche Geschichte ein besonderer Tag. Vier Ereignisse fallen auf dieses Datum: 1918 Ausrufung der Republik, 1923 Hitlerputsch, 1938 Reichspogromnacht und 1989 Mauerfall in Berlin. Lassen wir den Tag nicht vorüberziehen, ohne auf unsere Geschichte zurückzublicken. Denn die Ereignisse stehen im Zusammenhang. Sie prägen unser Land bis heute tief.

Mein Appell zum 9. November: Auch wer kein großer Geschichtsfan ist, sollte eine kurze Recherche betreiben. Lassen Sie uns stolz und dankbar sein für unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Sie sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis eines langen, schmerz- und leidvollen Prozesses - nicht nur für uns, sondern auch für unsere europäischen Nachbarn. Die Europäische Union lebt heute in Einigkeit, Frieden und Freiheit - es ist nicht perfekt, aber unendlich wertvoll, dass es sich lohnt dafür einzustehen.

Den mutigen Menschen in der Ukraine und im Iran gelten meine Anerkennung, mein tiefer Respekt und mein Mitgefühl. Sie kämpfen mit ihrem Leben für ihre Freiheit und ihre Rechte.

Pflanzenöltechnologie: „Lasst bunte Blumen blühen!“

An der Ostbayerischen Technische Hochschule (OTH) informierte ich mich über das gemeinsame Forschungsprojekt von Professor Hans-Peter Rabl von der Fakultät Maschinenbau, Dr. Georg Gruber, Gründer und Geschäftsführer der Vereinigten Werkstätten für Pflanzenöltechnologie und Thomas Dotzer von dts design. Das Forschungsvorhaben nimmt verschiedene Pflanzenöle und deren Nutzung sowie die Emissionsentwicklung bei Verbrennungsmotoren zur derzeit anspruchsvollsten Abgasnorm EU Stage V in den Fokus. Vor dem Hintergrund der Diskussionen im Europäischen Parlament um Biokraftstoffe und das Aus von Verbrennungsmotoren war der Besuch in Regensburg sehr wertvoll.

Weitere Informationen zum Forschungsvorhaben finden Sie [hier](#)

Hermann-Oberth-Raumfahrt-Museum - Gastbeitrag Michael Zuber

Vor wenigen Tagen, am 23.11.2022 hat die ESA die 17 neuen Astronautinnen und Astronauten ihrer Auswahlgruppe 2022 vorgestellt. Darunter auch die beiden aus Bayern stammenden deutschen Astronautinnen Amelie Schoenenwald und Nicola Winter.

Raumfahrt ist heute aber gerade auch unabhängig von astronautischen Missionen aus sehr vielen Aspekten unseres alltäglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Quasi jedes "Navi" in unseren Autos verarbeitet heute auch Signale des europäischen Galileo-Navigationssatellitensystems, das von der ESA umgesetzt, aber von der EU beauftragt und finanziert wurde.

Vor allem Insider und Raumfahrt-Fans wissen, dass es bei uns in Mittelfranken, in Feucht das älteste Raumfahrtmuseum in Europa gibt!

Das Hermann-Oberth-Raumfahrt-Museum wurde bereits 1971 gegründet und ist heute ein international vernetztes Spezialmuseum und -archiv für die frühe Raumfahrtgeschichte.

Denn vor den ersten Raketen, Satelliten und Raumkapseln, die ab den 1950er Jahren den Weltraum erreichten, standen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts die theoretischen und experimentellen Leistungen von Pionieren wie Prof. Hermann Oberth, dem Namensgeber des Museums. Der gebürtige Siebenbürger Sachse legte maßgebliche mathematisch-physikalische Grundlagen für Raketentechnik und Raumfahrt und verbrachte die zweite Hälfte seines Lebens in Feucht.

2023 jährt sich die Veröffentlichung von Oberths erstem Werk "Die Rakete zu den Planetenräumen" zum 100. Mal. Es erschien übrigens in Bayern, beim renommierten Münchner Oldenbourg-Verlag.

Einen Besuch im Raumfahrtmuseum in Feucht kann ich Ihnen nur wärmstens empfehlen, denn hier erfährt man historische Zusammenhänge, die für die Entwicklung der Raumfahrt ebenso wichtig und bedeutend waren, wie die ersten Menschen auf dem Mond.

Hermann-Oberth-Raumfahrt-Museum
Pfinzingstraße 12-14
90537 Feucht

Tel. 09128 3502
Mail info@raumfahrtmuseum.de
www.raumfahrtmuseum.de

Öffnungszeiten:
Samstag, Sonntag und Feiertage 14 bis 17 Uhr
und jederzeit nach vorheriger telefonischer Vereinbarung

Lesenswert

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament - EU-Kommunal News Oktober 2022

Die aktuelle Ausgabe der EU-Kommunal News - Nachrichten für Kommunen aus und für Europa erhalten sie hier.

Eine Übersicht aller Ausgaben finden Sie [hier](#).

Brüsseler Notizen der Hanns-Seidel-Stiftung

Ich empfehle Ihnen die [Brüsseler Notizen der Hanns-Seidel-Stiftung](#), die sich auch im November aktuellen Themen der Außen- und Entwicklungspolitik widmen.

Die EU und Lateinamerika - Chance für vertiefte Kooperation?

Die Welt steht vor wachsenden Herausforderungen. Die globalen politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre und besonders der letzten Monate haben multiple Krisen hervorgerufen oder bestehende verstärkt. Sowohl Europa als auch Lateinamerika sind davon stark betroffen. So macht sich der Klimawandel weltweit in Form von Dürren, Überflutungen, Waldbränden oder schwindenden landwirtschaftlichen Erträgen immer schneller und deutlicher bemerkbar. Darüber hinaus hat sich die Corona-Pandemie zwar im Laufe des Jahres 2022 insgesamt abgeschwächt, unter anderem auf Grund von Erfolgen bei der weltweiten Impfstoffverteilung; mit negativen Auswirkungen ist dennoch weiter zu rechnen, auch wenn sie sich erst in den kommenden Jahren in vollem Umfang zeigen werden. Insbesondere im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dürften hohe Investitionen anfallen.

Seit Februar 2022 wird auch der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie in der Ukraine bewaffnet ausgetragen, wobei das UNO-Sicherheitsratsmitglied Russland die Prinzipien der seit 1945 bestehenden internationalen Rechtsordnung bewusst missachtet und zerstören will. Die Auswirkungen auf die weltweite Energie- und Nahrungsmittelsicherheit sind massiv.

All dies sind gemeinsame Herausforderungen für die EU und Lateinamerika. Gleichzeitig wartet die Krisenbekämpfung auch mit großem Potenzial auf, etwa bei nachhaltigen Investitionen, die Wachstum schaffen können. Die EU strebt allgemein ein engeres Zusammenrücken mit gleichgesinnten Akteuren an. Brüssel will weltweit neue Partnerschaften eingehen oder bestehende vertiefen und so sein außenpolitisches Profil schärfen und mehr geopolitisches Gewicht gewinnen.

Lateinamerika als idealer Partner - Bedeutung des brasilianischen Wahlausgangs

Lateinamerika ist hierfür ein idealer Partner. Nicht nur auf Grund der kulturell-historischen engen Verbindungen und des bestehenden gemeinsamen Wertefundaments sind beide Seiten prädestiniert für eine substanzielle Kooperation. Auch die Entwicklungen der vergangenen Monate zeigen das Potenzial der Zusammenarbeit auf und es scheint, ein neues politisches Momentum zu entstehen. Insbesondere der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Brasilien im Oktober 2022, bei denen sich Luiz Inácio Lula da Silva (ehem. Präsident, 2003-2010) im zweiten Wahlgang mit 50,9 Prozent der Stimmen gegen Amtsinhaber Jair Bolsonaro knapp durchsetzen konnte, schafft vielen Beobachtern zufolge eine neue Ausgangslage.

Auch wenn die sozialistische Agenda Lulas in Europa teils Skepsis hervorruft, stieß sein Wahlsieg insgesamt auf große Erleichterung. Viele führende EU-Politiker atmeten wohl auf, dass sie in Brasilien nicht mehr mit einem populistisch agierenden Klimaskeptiker zu tun haben. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte in einem Tweet, sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit Lula „bei der Bewältigung dringender globaler Herausforderungen, von der Ernährungssicherheit über den Handel bis hin zum Klimawandel“. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell wiederum begrüßte in einem Statement den geordneten Ablauf der Wahlen sowie die Stärke der brasilianischen Demokratie, und äußerte ebenfalls die Absicht einer stärkeren Zusammenarbeit.

Hoffnung für Abkommen EU-MERCOSUR

Die politische Richtung, welche Brasilien als größtes Land Südamerikas in den kommenden Jahren einschlägt, wird maßgeblichen Einfluss auf das künftige Verhältnis des Subkontinents mit Europa ausüben. Lulas starker Fokus auf den Klimaschutz und insbesondere den Schutz des Amazonas-Regenwaldes steht nicht nur im starken Kontrast zu Bolsonaros bisherigem Kurs, der das Verhältnis mit der EU so sehr belastete. Er schafft auch eine Grundlage, auf welcher das bereits 2019 quasi fertig ausgehandelte, jedoch nie angenommene Handelsabkommen zwischen der EU und den vier MERCOSURLändern (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) wiederbelebt werden könnte. Denn umweltpolitische Faktoren waren dem bisher im Wege gestanden. Mit einem Präsidenten Lula, der für Brasilien eine Führungsrolle in der Welt bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Schutz von Biodiversität sieht und als Ziel „Null Abholzung“ benennt, könnte es schnelle Fortschritte geben, sodass die skeptischsten EU-Länder wie Frankreich oder Österreich ihren Widerstand aufgeben. Auf der COP27 im November 2022 kündigte Lula beispielsweise an, die Abholzung massiv zu bekämpfen, die unter Bolsonaro geschwächten Umwelt- und Kontrollorgane wiederaufzubauen und Umweltverbrechen härter zu bestrafen. Zudem will er den Weltklimagipfel 2025 in Brasilien ausrichten.

Die EU hat großes Interesse an einem Abschluss des Abkommens, welches die weltweit größte Freihandelszone (mit 780 Mio. Einwohnern) entstehen ließe, Zölle in

Höhe von etwa 4 Mrd. Euro abschaffen, und deutliche wirtschaftliche Impulse erzeugen würde, etwa durch nachhaltige Investitionen. Neben höheren Exporten und günstigeren Importen würde es Brüssel auch dabei helfen, die Abhängigkeit von Russland und insbesondere China zu verringern, gerade bei Rohstoffen und Energiequellen, was zunehmend als wichtiges Ziel betrachtet wird. Es wäre auch ein Signal gegen Protektionismus und für eine regel- und wertebasierte Gestaltung internationaler Handelspolitik. Darüber hinaus wäre es das erste Handelsabkommen, das MERCOSUR abschließt, und damit ein außenpolitischer Erfolg für die EU.

Es bestehen aber auch Herausforderungen: Um das Abkommen durch das Europäische Parlament zu bringen, und Widerstand seitens der Mitgliedstaaten vorzubeugen, plant die EU-Kommission, ein zusätzliches Umweltschutzdokument auszuhandeln, das Befürchtungen einer zusätzlichen Klimabelastung zerstreuen soll. Mit einem Präsidenten Lula ist dies nun ein realistisches Szenario, denn er hat angekündigt, eine Einigung innerhalb von sechs Monaten erzielen zu wollen, wobei die Industrialisierung Brasiliens eine wichtige Priorität sei. Brüssel will ebenfalls rasch handeln, um zu verhindern, dass sich die Region anderen Akteuren zuwendet. Frankreich hat eben erst Präsident Macron wiedergewählt und vor den Europawahlen 2024 besteht somit ein günstiges Zeitfenster für eine Einigung.

Politische Charmeoffensive der EU

Über Handelsfragen hinaus und wohl nicht zuletzt im geopolitischen Gesamtkontext startete die EU in den letzten Monaten eine Charmeoffensive gegenüber den Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Schon seit längerem beraten die Mitgliedstaaten im Rat der EU in den verschiedenen Gremien den Tagesordnungspunkt „EU-LAC Road to 2023“. Anfang des kommenden Jahres wird die EU voraussichtlich eine neue Strategie für die Region vorlegen, um die Beziehungen zu vertiefen.

Auch in diesem Kontext sind wohl Borrells Besuche der letzten Zeit in der Region zu sehen. Im April 2022 reiste er nach Chile und Panama und nahm an Treffen der regionalen Organisationen SICA und CARICOM teil. Im Oktober führte Borrell hochrangige Gespräche in Argentinien sowie Uruguay. Borrell hatte am 27. Oktober 2022 in Buenos Aires aber auch den Ko-Vorsitz beim Treffen auf Außenminister-Ebene zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) inne.

Es war das dritte Treffen in diesem Format nach einer immerhin vierjährigen Pause und stand unter dem Titel „Erneuerung der bi-regionalen Partnerschaft zur Stärkung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung“. Im Abschluss-Kommuniqué der Ko-Vorsitzenden wird eine grundlegende Überarbeitung der Beziehungen in Aussicht gestellt. Als inhaltliche Schwerpunkte werden u.a. genannt: eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie; Ernährungssicherheit und Energie; Gesundheit und soziale Gerechtigkeit; Integration von Wertschöpfungsketten; sowie eine Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen. Beide Seiten be-

kennen sich zudem zu den gemeinsamen Grundwerten, zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ebenso aber zur regelbasierten internationalen Ordnung sowie zur Stärkung des Multilateralismus.

Borrell selbst, dessen Vater in Argentinien geboren wurde, ist als ehemals spanischer Außenminister mit der Region verbunden wie nicht viele EU-Politiker. Er spricht häufiger von der Notwendigkeit, die „anderen transatlantischen Beziehungen“ zu stärken. Borrell meint damit die Idee, das Konzept der „transatlantischen Beziehungen“ weiter zu fassen und auch die Anrainer des Südatlantiks einzubeziehen. Auch Lateinamerika und die Karibik könnten so eine viel prominentere Rolle im westlichen Bündnis einnehmen als dies bisher der Fall ist. Der EU-Außenbeauftragte wünscht sich einen intensiveren bi-regionalen politischen Dialog und „intelligente Zusammenarbeit zwischen verlässlichen Partnern“, um Erfahrungen und Technologien auszutauschen, neue Märkte zu regulieren, Innovationen zu schaffen und sichere Infrastrukturen, wie das transatlantische digitale Kabel „Bella“ oder das „Copernicus“- Satellitennetz, zu verbinden.

Doch es geht nicht nur um politische Signale. In einem eher ungewöhnlichen Schritt veröffentlichte der Europäische Auswärtige Dienst kürzlich ein Statement, in dem Finanzmittel in Höhe von über 6 Mio. Euro für die Unterstützung von Zivilgesellschaft, Menschenrechten und Demokratie in Argentinien ausgeschrieben werden. Worten sollen also sichtbare Taten folgen.

Vertiefung der bi-regionalen Beziehungen im kommenden Jahr wahrscheinlich

Das Jahr 2023 dürfte für das Verhältnis zwischen der EU und Lateinamerika also wichtig werden. In der ersten Jahreshälfte 2023 hat Schweden, ein dem Freihandel sehr positiv gegenüberstehendes EU-Mitglied, die Präsidentschaft des Rats der EU inne. Zwei der Präsidentschaftsprioritäten sind die Stärkung der Rolle der EU in der Welt sowie die Beschleunigung der „grünen Transition“. Noch mehr Aufmerksamkeit wird Lateinamerika in Brüssel aber im zweiten Halbjahr 2023, ab Juli erhalten. Schon jetzt ist klar, dass unter dem spanischen EU-Ratsvorsitz, voraussichtlich in dessen Anfangsphase, ein EU-Lateinamerika-Gipfel auf höchster politischer Ebene stattfinden soll, der starke politische Impulse setzen dürfte. Die spanische Regierung lässt bereits erkennen, dass das Verhältnis zu Südamerika einen hohen Stellenwert einnehmen wird.

Herausforderungen für die Zusammenarbeit bleiben bestehen

Trotz des Potenzials für eine baldige Vertiefung der Beziehungen bleiben aber Herausforderungen bestehen. Das Risiko politischer Instabilität, Korruption und populistischer Tendenzen in Lateinamerika bleibt groß. Die EU würde sich aber langfristig stabile demokratische Staaten als Partner wünschen. Unterschiede bestehen auch bei inhaltlichen Fragen: Gerade bei Themen wie Migration oder Handel vertreten die EU und Lateinamerika teils voneinander abweichende Positionen. Somit

ist nicht klar, welche Vorhaben umgesetzt werden können und ob das Potenzial der Partnerschaft ausgeschöpft werden kann.

Auch die Frage der Positionierung der lateinamerikanischen Staaten gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird eine Rolle spielen. Gerade die Äußerung des neugewählten brasilianischen Präsidenten Lula während des Wahlkampfes, dass Russland und die Ukraine gleichermaßen Verantwortung für den Krieg trügen, führte zu verstimmtten Reaktionen in Europa.

Fazit

Angesichts dieser Beobachtungen ist klar: Es bestehen derzeit gute Voraussetzungen, um die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika kurz- bis mittelfristig auszubauen. Gleichzeitig ist aber abzuwarten, was konkret gelingt. Wenn eine Erneuerung der Partnerschaft langfristig funktionieren soll, wird verstärkter Dialog auf allen Ebenen essentiell sein, um gegenseitiges Verständnis auszubauen, Probleme anzusprechen, beiderseitige Bedürfnisse und Interessen zu kommunizieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart, Marlene Nagl

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.